

# Correspondent.

**Bezugspreis** Vierteljährlich: Bei Abholung von den Hauptstellen 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Händler und die Post bezogen 1,30 Mk. durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk. Einzelnummer 5 Pf.  
Erstmal wöchentlich 6 mal wöchentlich 6 bis 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen, in den Hauptstellen am Tage vorher abends 6 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.  
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oder deren Raum 6 Pf., für die zweite 4 Pf., für die dritte 3 Pf., für die vierte 2 Pf., für die fünfte 1 Pf., für die sechste 1 Pf., für die siebente 1 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf.

Nr. 19.

Mittwoch den 24. Januar 1906.

32. Jahrg.

## Der „rote Sonntag“.

Der „rote Sonntag“ hat sowohl die Befürchtungen angänglicher Gemüter inner- als auch außerhalb der Regierungskreise, wie die stillen Hoffnungen gewisser sozialdemokratischer Desperados zu Schanden gemacht. Die Versammlungen sind sämtlich in musterhafter Ordnung verlaufen; nirgends ist den staatlichen Sicherheitsorganen in manchen Kreisen fieberhaft erwidert worden. Stellenweise hat man sich allerdings aus Furcht vor der „Revolution“ zu „Sicherheitsmaßnahmen“ verleiten lassen, die einen Stich ins Komische haben. In Ologau soll den ganzen Sonntag über ein Eisenbahzug parat gehalten sein, um event. sofort Militär nach den benachbarten Industriestädten Neusalz und Grünberg schicken zu können. In Breslau, der zweiten Haupt- und Residenzstadt Preußens, ist der Ring, das Hauptverkehrscentrum, am Nachmittag abgeperrt gewesen. Das altberühmte Rathaus der schlesischen Metropole, das seit 8 Jahrhunderten nur eine geschäftige Volksmenge um sich herum zu sehen gemohnt war, mag über die veränderte Physiognomie seiner Umgebung nicht wenig erstaunt den Kopf geschüttelt haben. Gewiss wäre es gewagt, behaupten zu wollen, daß mit den Wahlrechtsdemonstrationen sich nur klug Erfahrene beschäftigt haben; ganz sicher ist aber auch, nach dem mehrphilosophischen Wort, die Torheit nicht gering gewesen, die mancher Gegner der Sozialdemokratie sich am Schluß bemächtigt hat.

Von der Sozialdemokratie ist freilich das Ungehebre zu konstatieren. Bei ihr hat die Besonnenheit sich erst zuletzt durchgedrungen. Noch vor wenigen Wochen schwebten „Leib, Volksgut“ und „Vornam“ in trauriger Gemeinschaft in blutigen Revolutionsspielen. Nicht ein bürgerliches Blatt, sondern der auf dem Boden des Klassenkampfes stehende „Correspondent der Buchdrucker“ hat damals dieses Spiel mit der Revolution mit Recht als eine „wahnsinnige fanatische Scharfma d'erei“ gekennzeichnet, die nur den Zweck habe, „die Anfänge der Revolution peu a peu mit Straßendemonstrationen einzuläutern“. Am Interesse der berechtigten Forderung der Sozialdemokratie auf ein Wahlrecht, das den Arbeitern die volle Gleichberechtigung mit den andern Erwerbsständen gewährt, war es daher nur mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Stimme der Vernunft in den leidenden Kreisen der Partei doch noch die Oberhand gewonnen hat. Der Fortbestand des Reichstagswahlrechts ist vielleicht nie auf eine gefährlichere Befragungssprobe gestellt worden als in diesen kritischen Tagen. Die Gefahr ist auch noch keineswegs beseitigt. Der Abg. Eichhoff schreibt in der „Barmer Zig.“: „Es liegt etwas in der Luft“ und die nächsten Wochen könnten allerlei Ueberraschungen bringen.

Selbstverständlich darf darum die Energie der gesamten Parteien der Linken in dem Kampf gegen das reaktionäre preussische Dreiklassenwahlrecht nicht erlahmen. Dieser Kampf muß aber mit gesetzlich in der Mitte geführt werden, zu denen selbstverständlich auch Straßendemonstrationen gehören können, sofern eine Gewähr dafür geboten ist, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gefährdet wird. Die Sozialdemokratie soll sich aber immer vor Augen halten, daß, wie der Abg. Heine am Sonntag in einer Berliner Versammlung mit vollem Recht betont hat, man sich von diesem Kampf einen umso größeren Erfolg versprechen kann, „wenn man ihn mit Hilfe der ganzen neunzig Prozent entrechteter Wähler der dritten Klasse ohne Unterschied der Parteierrichtung führt.“ Es gelte, führe er weiter aus, eine Forderung zu verfechten für das Volk, nicht für die Sozialdemokratie, eine Forderung der Gerechtigkeit, nicht der Partei. — Das ist eine realpolitische Auffassung des Wahlrechtskampfes, die die bürgerliche Linke von ihrem vertreten hat, die die Sozialdemokratie aber zu ihrem eigenen Schaden bisher nur allzu oft verleugnet hat.

## Zur Lage in Russland.

Die Wiederkehr des 22. Januar, der im vorigen Jahre die Petersburger Meuterei brachte, und in Erinnerung an das barbarische Vorgehen der Schergen Trepod gegen eine weidliche Arbeiterproleten der „Blutsonntag“ genannt wird, hat in Russland die Befürchtungen wiedererweckt, daß es zu Demonstrationen und vielleicht zu neuem Blutvergießen kommen könnte.

Demgegenüber hat der Petersburger Stadtsapmann eine Kundgebung erlassen, die an den Straßenden angeschlagen ist, worin die Gerüchte über zu erwartende Unruhen als grundlos bezeichnet werden. Er fordert jedoch die Bevölkerung auf, sich von Ansammlungen fernzuhalten, damit bei der Vereitelung etwaiger Versuche, die Ruhe zu stören, kein Unbeteiligter zu Schaden komme.

Die Warschauer Sozialisten feiern den Jahrestag der Petersburger Ereignisse dadurch, daß sie nicht arbeiten und andere zwingen, die Arbeit einzustellen. Die Kaufleute befinden sich in kritischer Lage; die Terroristen zwingen sie, ihre Geschäfte zu schließen, die Polizei zwingt sie, sie offen zu halten. Im Palais des Grafen Jamowski in der Senatorenstraße ereignete sich eine bedeutende Gasexplosion, welche einen Pavillon vollständig zerstörte und 7 Personen ver wundete. In dem gegenüberliegenden Gebäude der Staatsbank und anderen Häusern wurden alle Fensterscheiben zerstört. Auf dem Wittowski-Platz feuerte Militär, als ein Volksauflauf versuchte, den Produktmarkt zu sprengen. Dabei gab es 2 Tote.

Ein Bild über den Umfang der revolutionären Vorbereitungen gibt eine von „Regierungsboten“ gebrachte Mitteilung über die seit Anfang Dezember v. J. entdeckten geheimen Laboratorien und Bombenwerkstätten und die dabei gefundenen Materialien, Bomben und Waffen jeder Art. Insgesamt wurden in Petersburg, Moskau, Nischni-Novgorod, Jula, Penza, Kofow a. Don, Zefaterinostaw, Dnestra, Nikolajew, Kiew, Wjensk, Wilna und Riga entdeckt: Acht Laboratorien und Bombenwerkstätten, 258 fertige und ungefüllte Bomben, gegen 2000 Pfund Pulver, über 400 Pfund Dynamit, ferner Patronen in großer Anzahl, davon auf dem Bahnhof Moskau der Moskau-Nischni-Bahn allein 100 000 Stück, und in Zefaterinostaw zwei Waggons mit Patronen und Dynamit, ferner Gewehre, Revolver, kleine Waffen, 1 Signalfantone und auf der Fabrik Prochorow in Moskau 3 englische Maschinengewehre neuester Konstruktion.

Zum Stadtbaurmann von Moskau ist der bisherige Gouverneur von Kasan Generalmajor Reinbot ernannt worden.

Die Revolutionäre, die sich in Kasnojarsk in die Gebäude der Bahnverwaltung geschlüpft hatten, haben sich am 17. Januar nach vieritägigem Widerstand ergeben. 470 von ihnen sind verhaftet worden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, sind die Eisenbahnwerkstätten verbarrikadiert gewesen; eine große Anzahl von Gegenständen ist fortgeschafft und vernichtet worden.

Streikende Arbeiter der Eisenfabrik Randorh in russischen Komitat Krasso-Sporenny griffen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesenden 10 Gendarmen an, diese gaben eine Salve ab, wodurch 7 Arbeiter getötet und 40 verwundet wurden.

Zur Lage in Finnland wird der „Köln. Zig.“ aus Helsingfors berichtet: Während der leidende Ausschuss in Moskau den russischen Telegraphistenstreik bereits am 30. Dezember für abgeschlossen erklärt hat, streiken die Telegraphisten in Finnland, zum großen Bedruß der Geschäftswelt, ruhig weiter. Der Grund liegt darin, daß Staatsrat Nyberg, der Chef des finnischen Telegraphenwesens, das russisch ist, verlangt, daß die Ausständigen Besuche um Wiederstellung in den Dienst einreichen, aber gleichzeitig entschlossen ist, gründliche Musterung zu halten. Mit der Kommission der Telegraphisten zu verhandeln, hat

er rundweg abgelehnt. Die Telegraphisten beschloßen jedoch bekanntlich in der jüngst in Zimmerfors abgehaltenen Versammlung, sich zusammenhalten und nicht zuzugeben, daß ihre Führer vom Dienst ausgeschlossen werden. Nur von der Forderung, daß die Streikbrecher entlassen werden, sind sie zurückgetreten. Somit ist im Augenblick noch nicht abzusehen, wenn diese tauigen Verhältnisse, die nun schon seit November dauern, beseitigt werden. Der Chef will durch Anzeigen in den Zeitungen geeignete Personen für den Telegraphendienst finden, wobei als Bedingung die Kenntnis einer der einheimischen Sprachen und des Russischen verlangt wird. — Großer Aufsehen erregt es, daß auch unter den jetzigen politischen Verhältnissen der einflussreiche Posten des Direktors der Generalgouvernementskanzlei wieder mit einem Russen besetzt worden ist. Der verabschiedete Director General Senn ist zwar vom Amte gewichen und hat sich getrennt verabschiedet, aber sein Nachfolger ist der frühere Gouverneur im Wafasch, Knjowitsch, der als Mitarbeiter Bobrins und Verfolger gestreuerter Finnländer im Lande in denker schlechtestem Ruf steht.

## Politische Uebersicht.

Die Marokkofonferenz trat am Montag zu einer Plenarsitzung zusammen. Der zur Beratung stehende Konstitutionsentwurf über den Waffenschmuggel umfaßt 16 Paragraphen. Der letzte davon ist der wichtigste; er stellt vor, daß die Waffenschmuggelpolizei an der algerischen Grenze mit marokkanischem Einverständnis den Franzosen überlassen wird. Im sogenannten Mittelteil, also dem Distrikt der spanischen Festungen Melilla und Ceuta, sollen mit Einverständnis von Marokko die Spanier die Schmuggelpolizei ausüben. Auch an der afrikanischen Küste soll sie den Spaniern übertragen werden. Dieser letzte Punkt fößt bei den Franzosen auf lebhaften Widerspruch. Die spanischen Vertreter, die sich hinterdre mit Deutschland verbündet zu haben. — Aus Algierica wird ferner telegraphiert: Seit Sonntag abend ist eine verdoppelte Tätigkeit der Konferenzdelegierten bemerkbar; sie treten mehr als zuvor unter einander in Verbindung. Et Morfi ist heute vormittag aus Tanger wieder zurückgekehrt. Er erledigte dort private Angelegenheiten und schickte einen Kurier nach Fez zum Sultan. Wahrscheinlich wird die marokkanische Mission in der nächsten Woche durch einen marokkanischen Minister verstärkt werden. — Aus Anlass des Geburtstages des Königs von Spanien werden am Dienstag die Arbeiten der Konferenz ausgesetzt. Im Reichhaus, sowie an Bord des am Sonntag abend in Algierica eingetroffenen großen Kreuzers „Charles V.“ sollen Feiern stattfinden, denen die Diplomaten beizuwohnen werden. — Oesterreich-Ungarns Interessen in Marokko, so betonte der österreichisch-ungarische Botschafter in Madrid, Graf Welser von Welser, beim B. gegenüber dem Korrespondenten der „Köln. Zig.“ in Algierica, sind durchaus keine quantitativ bedeutende. Zu ihrem Schutz sei die offene Tür ohne Monopole notwendig. Der Wunsch Oesterreich-Ungarns sei neben der Wahrung seiner stetig steigenden Handelsinteressen die Ausgleichung der Gegensätze. Es sei besser, sich über das Ergebnis der Konferenz keinen unüberwänglichen Hoffnungen hinzugeben; ein Land wie Marokko lasse sich nicht von heute auf morgen völlig reformieren. Das bei Beginn der Verhandlungen gezeitigte Entgegenkommen lasse einen guten Fortgang der Konferenz erhoffen.

**Deutsch-englische Sympathieuntergebungen.** Der Londoner Lyceum-Klub gab am Samstag abend ein Dinner zu Ehren des Vizepräsidenten des Deutschen Künstler-Bundes, Grafen Harry Kessler. Während des Festmahls hielt Graf Kessler in englischer Sprache eine Rede, in der er mit bedeutenden Worten auf das in dem Briefe vom 12. d. Mts. von heroorragenden englischen Künstlern und Denkern zum Ausdruck ge-



brachte Wohlwollen gegen Deutschland hinwies. Dieser Brief sei ein weiterer Beweis dafür, daß nichts vorhanden sei, was das Gesehene der beiden Völker trennen könne. Freundschaft entwickele sich leichter zwischen englischen Gelehrten und Deutschen der gebildeten Stände, als zwischen Angehörigen von irgend welchen anderen zwei Nationen, die nicht dieselbe Sprache sprechen. Ich glaube, fuhr der Graf fort, daß dieses Gefühl der Freundschaft, das so regelmäßig und natürlich in der Erscheinung tritt, ein Zeichen dafür ist, daß diese beiden Völker durch etwas tiefes, wahres und unwiderstehliches aneinander gebunden sind, daß es auf der Bahn des menschlichen Fortschritts ihre Bestimmung ist, Hand in Hand zu gehen, und daß sie, wenn sie jemals ihre Gemeinschaft aufgeben, was auch der Preis dafür zu sein scheint, ihr Recht der Erziehung um ein Unfergehrtes verkaufen. Es ist die Pflicht eines jeden deutschen und englischen Patrioten, die Kräfte zur weiteren Entwicklung zu bringen, die die beiden Völker an einander fetten. — In anderen Reden, die auf dem Festmahl des Klubs gehalten wurden, wurde auf die zum Frühjahr beabsichtigte Veranlassung einer deutschen Kunstausstellung in London Bezug genommen.

In Stuttgart nahm am Sonntag eine zugunsten friedlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland abgehaltene Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der es heißt, es sei kein Grund vorhanden, Gegenstände zwischen England und Deutschland zu schaffen oder zu haben, die deren große Güter zu gefährden geeignet seien. Die Versammlung verurteilte jeden Versuch, beide Nationen zu entzweien, und sie begrüßte alle auf die Aufrechterhaltung und Förderung guter Beziehungen zwischen ihren gerädeten Völkern, wie sie in beiden Ländern in zahlreichen Kundgebungen der Bevölkerung zutage traten.

**Oesterreich-Ungarn.** Als erstes Anzeichen des Zollkriegs zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien wird vom Montag aus Belgrad gemeldet, daß Oesterreich-Ungarn seine Grenze für serbisches Horn- und Wollwolle bereits geöffnert habe, ohne Gründe für diese Maßregel anzugeben.

**England.** Von den englischen Wahlen wird gemeldet, Bis Montag mittag waren 270 Liberale, 28 Mitglieder der Arbeiterpartei, 79 Nationalisten und 115 Unionisten gewählt worden. — Greiner, einer der ältesten Arbeiterpartei-Mitglieder im Parlament, sagte gelegentlich eines Interviews, im neuen Parlament werde es zwei Arbeiterpartei geben. Seiner Partei, welche ungefähr 20 Abgeordnete stark sei, würden Männer wie Burns, Broadbent und andere alle Arbeiterpartei angehören, und sie würde sich mit Keirhardi und der neuen Arbeiterpartei nicht identifizieren.

**Türkei.** Auch die Presse hat in Belgrad die Erklärung abgegeben lassen, daß, wenn die serbisch-bulgarische Konvention definitiv zum Abschluß gelangen sollte, die Worte die türkisch-serbische Handelskonvention nicht ratifizieren könne, da während der Verhandlungen über diese Konvention der Inhalt des Zollkonventionsvertrages nicht bekannt gewesen wäre. — Die englische Weisheit hat der Presse eine lange Note überreicht, in der die Bedingungen angeführt sind, unter denen England bereit ist, einer dreivierteligen Erhöhung der Zölle zuzustimmen. Die Note bereitet eine Antwortnote vor.

## Deutschland.

Berlin, 23. Jan. Der König von Württemberg wird an der Feier des Kaisers Geburtstages in Berlin teilnehmen.

— (Der Großherzog von Luxemburg) ist nach seinem Umwohnen am vergangenen Montag unter Aufreten neuer Symptome erkrankt. Es trat eine allmählich zunehmende Erschwerung des Sprachvermögens und Schlußvermögens ein mit Neigung zur Schläfrigkeit, aber ohne Störung des Bewußtseins. Dabei besteht allgemeine Relaxation der Körpermuskeln, jedoch keine neue Lähmung. Die Herztätigkeit hat sich etwas gebessert.

— (Bei dem Krönungs- und Ordensfest) am Sonntag sind, wie die „Kreuzzeitung“ ausgerechnet hat, 2853 Orden und Ehrenzeichen verliehen worden, 50 weniger als im Vorjahre. Wie immer ist der rote Adlerorden in allen seinen Klassen am häufigsten verliehen, nämlich 1061 mal (1107); die vierte Klasse dieses Ordens ist 870 mal verliehen (918). Der Kronenorden ist 662 mal verliehen (700), davon die vierte Klasse 209 mal (217). Den Haukorden von Hohenollern (Adler der Ritter, Kreuz und Adler der Inhaber) erhielten 40 Persönlichkeiten (39), das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens 121 (120) und das Allgemeine Ehrenzeichen 969 (943).

— (Der Berliner Magistrat) hat zu dem Entwurf des Volksschulunterrichtsgesetzes, soweit die Bestimmungen über die Beschränkung der Selbstverwaltung in Frage kommen, eine

Eingabe an das Abgeordnetenhaus gerichtet, die mit der Bitte schließt:

das hohe Haus wolle dem ihm vorliegenden Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, seine verfassungsmäßige Zustimmung jedenfalls nur unter Abänderung derjenigen Bestimmungen erteilen, die sich gegen das Recht der kommunalen Selbstverwaltung des städtischen Volksschulwesens richten und durch die Zerstörung dieser seit fast einem Jahrhundert bewährten Grundlage das fernere Gedeihen der städtischen Volksschule selbst auf das schwerste gefährdet.

Der Magistrat erwähnt ausdrücklich, daß er davon Abstand nehme, die schweren Bedenken, die bei ihm gegen andere Bestimmungen bestehen, geltend zu machen, und beschränkt sich darauf, ausführlich auf diejenigen Punkte hinzuweisen, in denen der Entwurf im Interesse der Gemeinde dringend der Abänderung bedarf.

— (Die preussische Lehrerschaft) hat sich durch die einmütige Stellungnahme des Preussischen Lehrertages zu dem Entwurf des Volksschulgesetzes den gütigen Haß aller Reaktionsäre zugezogen. „Kreuzzeitung“, „Post“ und die gesamte Presse der Orthodoxie jetzen in trauriger Eintracht über die „Verböhrtheit“ der Lehrerschaft, die sich von „unfruchtbarer Rabulistik“ nicht frei machen könne. Es erscheint daher nützlich, daran zu erinnern, in welcher gueter Gesellschaft sich die preussische Lehrerschaft in diesem Kampfe gegen das politische und konfessionelle Dunkelmännertum befindet. Fürst Bismarck schreibt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ über die „Kreuzzeitung“ und ihre Eideschwörer in der evangelischen Orthodoxie: „Als ich über die Gismifereien des Blattes am 9. Februar 1876 in öffentlicher Rede gefahrt hatte, antwortete mir die Rundgebung der sogenannten Deklaranten, deren wissenschaftliches Kontingent aus einigen hundert evangelischen Geistlichen bestand, die in ihrem amtlichen Charakter mit in dieser Form als Eideschwörer der Kreuzzeitungsläger entgegneten und ihre Mission als Diener der christlichen Kirche und ihres Friedens dadurch bekräftigten, daß sie die Verleumdungen des Blattes öffentlich kontrastierten. Ich habe gegen Politiker in langen Kleidern, weiblichen wie priesterlichen, immer Mißtrauen gehabt, und dieses Brummentum einiger hundert evangelischer Priester zugunsten einer der frivolsten, gegen den ersten Beamten des Landes gerichteten Verleumdung war nicht geeignet, mein Vertrauen gerade zu Politikern, die im Priesterrock, auch in einem evangelischen Strick, zu fären.“ Das heisse Bemühen des Herrn v. Jellig in diesem Kampfe ist bekanntlich durch gerichtet, die Lehrerschaft durch die Aufstellung vermeintlicher Gegenstände zwischen städtischen und ländlichen Lehrern zu spalten. Kürzlich ging durch die gesamte konservativere Presse eine Mitteilung, wonach die erst seit zwei Monaten erscheinende Lehrerschaftschrift „Die Wacht“ die Forderung aufstellt: „Gleiches Gehalt für sämtliche Lehrer der Monarchie.“ Daran wurde die frohlockende Bemerkung geknüpft, daß in 30 Jahren in Zukunft die Kanlehrer und die Lehrer der kleinen Städte einerseits und die Großstadtlehrer andererseits getrennte Wege wandeln würden. Die Magistrat dieser Ent hat jedoch nicht allzulange angebauert. Auf der Stettiner Provinziallehrerversammlung hat sich gegenüber dem neuen Schulunterrichtsgesetz eine völlige Einmütigkeit gezeigt. Es hat sich bisher in Pommern auch nicht ein Unterverband der „Gleichstellungsfreunde“ gebildet. Es erscheint auch, wie aus pommerschen Lehrerkreisen geschrieben wird, ausgeschlossen, daß es in der pommerschen Lehrerschaft wegen eines solchen pbantastischen Gebankens zu einer Spaltung kommen würde.

— (An eine vorläufige Freilassung der Altkaleute) die nach ihrer Verurteilung zu horenden Gefängnisstrafen durch die untere Instanz gleich eingestakt worden sind, denkt die Kolonialverwaltung nicht, weil sie das Gouvernement den Eingeborenen gegenüber nicht diskreditieren will. Entsprechend den jüngsten Ausführungen der Kolonialverwaltung im Reichstage, betont ein offizieller Artikel der „Königlichen Zeitung“, man brauche sicher allerdings nicht für einen größeren Aufstand in Kamerun zu Zeit Beforgnis zu hegen, aber immerhin ist es bedenklich, von hier aus Maßnahmen anzuordnen, welche die Eingeborenen aus als Schwäche auslegen könnten. Die Untersuchung der ganzen Angelegenheit wird ja nun rasch von herten gehen. Irgend ein genügender Grund zur Verurteilung überhaupt wird doch vorgelegt haben, sonst könnte doch nicht auf so abnorm hohe Strafe erkannt worden sein. Wenn man daher, nachdem die Strafe gemildert oder im Gnadenwege ganz aufgehoben ist, die Hauptkrüge aus der Haft entläßt, wird das auch noch freilich genug sein.“ — Das sind ja wie die „Fr. D. Pr.“ bemerkt, eigentümliche Begriffe von Menschen-

recht, die sich in dieser Auslassung kundgeben. Schaut denn der Erbringer von Gehobeln, daß die Schwarzen Afrika die Freiheit nicht für ein ebenso hohes Gut achten wie die Europäer, oder meint er, daß man mit den Negern nicht so viel Freiheitsdien zu machen braucht? Nach diesen Anzeichen ist uns wirklich schon darum bange, ob die gründliche Unterforschung des Systems Putzmann, die der neue Leiter der Kolonialverwaltung zuerst mit so großer Umsicht in Aussicht stellte, nicht schließlich im Sande verlaufen wird.

— (Bei der Reichstagserversammlung in Bonn-Reinbad) sind nach amtlicher Zählung insgesamt 17236 Stimmen abgegeben worden. Davon einigten auf Oberlandgerichtspräsident Dr. Spahn in Kiel (Zentrum) 15662, auf Reichsruer Dr. Erdmann in Köln (Soz.) 1533 Stimmen. Dr. Spahn ist gewählt. Bei den allgemeinen Wahlen 1903 erhielt Dr. Spahn 15908, der Sozialdemokrat 1610 Stimmen, während 2335 auf den national-liberalen Kandidaten und 736 auf einen agrarischen Zentrumsmann fielen. Bei der Ersatzwahl hatten die Liberalen Stimmhaltung proklamiert.

— (Zu der Hamburgischen Wahlrechtsvorlage) hört der Hamburger Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ aus der Regel gut unterrichteter Quelle, daß die zur Ablehnung der in der Vorlage enthaltenen Verfassungsänderung nötigen 40 Stimmen nunmehr gesichert sind.

## Parlamentarisches.

**Reichstag.** (Sitzung vom 22. Jan.) Der Reichstag erledigte am Montag behaftlos in zweiter Sitzung die Vorlagen betr. Warenzollpolitik und betr. Zollentfaltung und betriebl. Jodann die Vorlage betr. Ausgabe von Reichsbanknoten zu 20 und 50 M. in erster Lesung. Auch das ist einer der Entwürfe, die wegen des ständigen Reichstagsabschlusses in voriger Session nicht erledigt werden konnten. Wieder knüpfte sich eine lebhafte Debatte an die Vorlage, und zwar wegen der namentlich von den Abg. Dr. Erdm. und v. Karobski gegen die Stellung der Reichsbank erhobenen Angriffe, deren Zurückweisung sich der Staatssekretär Graf Polakowski und Reichsbankpräsident Dr. Koch energisch entgegen setzten. Von der freiwirtschaftlichen Partei sprach Abg. Kämpf für die Vorlage, die schließlich einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen wurde. — Zur ersten Sitzung der Vorlage über den Verleumdungsvertrag sprach der Staatssekretär Niederding, sowie die Abg. Seine und Erdm., worauf die Beratung auf Dienstag vertagt wurde. Vorher Interpellation der Polen betr. Rechte polnischer Rekruten.

**Abgeordnetenhaus.** (Sitzung vom 22. Jan.) Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag zunächst mit der Zentrums-Interpellation wegen der Ueberwachung der katholischen Geistlichen seitens der Polizei und der Verwaltungsgesetze. Abg. Koenen führte in der Begründung der Interpellation aus, daß der Beweis für die Ueberwachung der katholischen Geistlichen in einem Prozeß gegen einen Priester dadurch erbracht worden sei, daß der Landrat ein geheimes Aktenstück über den Priester vorgelegt habe. Der Redner konnte noch eine Reihe weiterer Fälle anführen, aus denen sich die Tatsache ergab, daß Abgeordnete von ihrer vorgelegten Probe zu Verleiden über das Verhalten katholischer Geistlicher aufgefordert worden sind. Kultusminister Dr. Studt erklärte, daß eine allgemeine Verfügung über eine geheime Ueberwachung der katholischen Geistlichen nicht beabsichtigt ist, es aber, daß in bestimmten Fällen bestimmte Beamte zur vertraulichen Berichterstattung über bestimmte Geistliche aufgefordert würden. In dem in der Interpellation erwähnten Falle habe es sich um schwere Verleumdungen zweier öffentlicher Beamten durch einen katholischen Geistlichen gehandelt, die die Verwaltung peinlich berühren mußten. Von einem Spionageschleichen sei keine Rede. Der Minister betonte, daß er sich stets bemüht habe, den konfessionellen Frieden zu fördern. In der Begründung der Interpellation brachte der Abg. Stüchel Beschwerden über ein Spionageschleichen gegen die Polen zur Sprache. Abg. Koenen betonte nochmals, daß die unteren Verwaltungsgesetze eine Geheimkontrolle über katholische Geistliche führen, und darin liegt eine unzulässige Herabsetzung der Dignität der katholischen Kirche. — Damit war die Interpellation erledigt, und das Haus machte sich nunmehr zu der ersten Beratung der Novelle zum Knappschaftsgesetz. Der Handelsminister Dr. Delbrück wies darauf hin, daß die Bestimmungen über die Knappschafts-Einstellungen beinahe so alt seien, wie der preussische Verfassung. Die jetzt vorgelegte Novelle wolle diese Bestimmungen denjenigen der sozialen Rücksichtgebung anpassen. Besonders wichtig sei die Veränderung, daß Arbeiter nicht mehr, wie bisher, beim Uebergang von einem Knappschaftsverein zu einem anderen die erworbenen Ansprüche verlieren. Die Abgeordneten Stockmann (Soz.), Hilbert (nl.) und Dr. Wagner (Soz.) erhoben erhebliche Bedenken gegen die von der Vorlage vorgehene geheime Wahl der Knappschaftsämtern, während die Abg. Göttschmidt (Zent. Sp.) und Beckh (Zent.) entschieden für das geheime Wahlverfahren eintraten. Beide Redner behaupteten, daß die Regierung sehr lange mit der Vorlegung eines derartigen Gesetzentwurfs gezögert habe. Abg. Goldschmidt betonte die Notwendigkeit, zu Vorhingen der Schlichtergerichte nur völlig unabhingige Personen zu ernennen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß aus den Kommissionenberatungen etwas Wichtiges herauskommen werde. Die Vorlage ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Am Dienstag folgte letztere Sitzung und der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung auf der Tagesordnung.

— (Beim Reichstage eingegangen sind: Der deutsch-äthiopische Handelsvertrag, die allgemeine Afrikaentwurf, die Denkschrift über die Entwicklung des Gebiets von Kaufschou, die Uebersicht über Preis- und Abrechnungsverhältnisse in den mit Reichsunterstützung errichteten Genossenschaftswohnungen und in dem im freien Verkehr hergestellten Mietwohnungen für Reichsbeamte.



— Ein fünfter Nachtragsetat für Deutsch-Südwestafrika wird von der „Dr. Preisig“ angekündigt, da der vierte Nachtragsetat, der über 30 Mill. Mk. forbert, zur Befreiung der Ausgaben angeblich nicht ausreicht. Es sei daher noch ein weiterer kleinerer Nachtragsetat zu erwarten. Bezüglich der Entschädigungen, die im Süden des Schutzgebietes erforderlich sind, verläutet, daß sie noch 8 bis 9 Mill. Mk. betragen werden. Man würde im März mit dieser Forderung seitens der Kolonialverwaltung hervortreten.

— Der Entwurf eines Automobilgesetzes ist den Bundesregierungen vom Bundesrat zugegangen. Von einer Zwangsversicherung ist darin, nach der „Köln. Ztg.“, nichts enthalten, da diese von Preußen abgelehnt worden ist.

— Es wird uns aus parlamentarischen Kreisen bestätigt, daß in der vorletzten Sitzung der Kommission zur Beratung des Säkulenhaltungsgesetzes im Verlauf der Debatte über den weiteren Arbeitplan von einem Kommissionsmitglied, das vermöge seiner Stellung über die Intentionen der Regierung gut unterrichtet sein dürfte, mitgeteilt wurde, daß die in der Thronrede in Aussicht gestellte Vorlage über die Teilung einiger Kleinsten Wahlkreise und Abänderung einzelner unbalancierter Bestimmungen des Wahlgesetzes in dieser Session nicht mehr zu erwarten sei. In der Thronrede war allerdings auch vorstichsweise von dem von der Rede, daß die „Vorarbeiten eingeleitet“ und daß diese „ihren Abschluß nahegefühlt“ seien. Also selbst zu diesem am liebsten flüchtigen Bericht die gesetzgeberische Potenz der Regierung nicht mehr ausgedeutet, denn zu einer einschneidenden Reform des Wahlrechts. Die Regierung bringt ja den Wahlrechts-Verhandlungen, wie Herr v. Bethmann-Hollweg offen erklärt hat, nur ein „theoretisches Interesse“ entgegen.

— Mit einer faulen Ausrede kommt der offiziöse Berliner Korrespondent der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, um es zu rechtfertigen, daß der Präsident des Reichstags nicht zu derselben Zeit wie die Präsidenten des Landtags von dem Ableben des Staatssekretärs Frhr. v. Richthofen amtlich unterrichtet worden ist. Er behauptet, der Tod des Staatssekretärs sei durch das zweisprachige Amt des Reichsamt des Innern an-

gezeigt worden, als der Behörde, die den Geschäftsvertrieb für Reichstag und Bundesrat zu vermitteln hat. Durch diesen notwendigen Umweg sei die Verspätung zu erklären. „Der Reichstagspräsident hat wenige Minuten, nachdem er am Schluß der Sitzung erklärt hatte, daß er von dem Tode des Staatssekretärs keine offizielle Mitteilung erhalten habe, diese Mitteilung auf seinem Schreibtisch vorgefunden.“ — Merkwürdig nur, daß die offizielle Anzeige ausgerechnet einige Minuten nach der Erklärung des Grafen Valleiren eintraf. Uebrigens befand sich unter den Druckfäden des Reichstags selbst bis Montag früh noch nicht der Hinweis auf die amtliche Benachrichtigung von dem Tode Richthofens.

— Herr Sartorius hat es nun doch des grausamen Spiels mit seinen Wählern genug sein lassen und sein Reichstagsmandat niedergelegt. Die liberalen Parteien des Wahlkreises, die nur durch ihr geschlossenes Zusammengehen bei der letzten Wahl den Wählern das Mandat entreißen konnten, müssen sich also nach einem neuen Kandidaten umsehen.

### Volkswirtschaftliches.

(Die Abnahme der französischen Kriegsschuldabückung 1870-1871. In der Reihe der „Veröffentlichungen“ des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Verlag von J. Guttentag, Berlin) erscheint jedoch eine auf Grund amtlicher Materialien verfasste Darstellung der Abnahme der französischen Kriegsschuldabückung aus der Feder des Geheimrats Gieseler-Straßburg, welcher seinerzeit in amtlicher Eigenschaft bei der Abnahme der französischen Kriegsschuldabückung tätig gewesen war. Die Veröffentlichung gewinnt noch dadurch ein besonderes Interesse, daß sie ihr Entschließen einer Regierung des vor wenigen Tagen verstorbenen Unterstaatssekretärs Dr. v. Schraut verbannt, der sie auch in seinem Vorwort begleitet hat. Der Zentralverband spricht einleitend die Erwartung aus, daß aus dieser Veröffentlichung nicht nur Historiker und Nationalökonom, sondern auch praktische Volkswirter erheblichen Nutzen ziehen werden, da die hier geschilderten Ereignisse und Zusammenhänge dem Leser eine deutliche Vorstellung davon verschaffen, „wie wenig in Zeiten, welche eine Konzentrierung von Kapitalien zu nationalen

Zwecken ereignen, ein entwickeltes Banksystem und ein gut organisierter Geldmarkt entbehren können.“

(In der Beschränkung des Alkoholgebrauches für die Eisenbahnbediensteten geht der Minister der öffentlichen Arbeiten immer weiter. In einem neuerlichen Erlaß wird hervorgerufen, daß die Beschränkung des Alkoholgebrauches bei den Eisenbahnangehörigen an manchen Orten dadurch erschwert werde, daß sich in unmittelbarer Nähe der Personen-, Güter- und Rangierbahnhöfe eine außerordentlich große Anzahl von Schankwirtschaften befinden, die durch ihre Lage und durch Anpreisungen verschiedener Art die Beamten und Arbeiter zum Alkoholgebrauch verleiten. Der Minister macht deshalb die Eisenbahndirektionen darauf aufmerksam, daß es ihnen freistehet, auf Grund solcher Umstände mit den Disziplinbehörden ins Einvernehmen zu treten und diese zu ersuchen, bei Anträgen auf Konfessionserklärung für Galt- und Schankwirtschaften in der Nähe der Bahnhöfe, die ihnen gemäß § 33 der Gewerbeordnung zur gutachtlichen Meinung zuzugehen, auch die Eisenbahndirektionen Gelegenheit zu Einwendungen geben

### Vermischtes.

(Eine Herzogin bestohlen. Aus Kapstadt meldet der Korrespondent der „Daily Mail“, daß die Herzogin von Connaught, die bekanntlich ihren Gatten gegenwärtig auf einer Tour durch Südafrika begleitet, unterwegs geraubt wurde. Es wurden der Prinzessin in Port Elizabeth Brillanten und andere Schmuckstücke im Werte von über 10000 Pfund gestohlen. Die Prinzessin trug die Schmuckstücke zum letzten Mal vor ungefähr einer Woche an Bord des Dampfers, auf dem die Lieberstadt gemacht wurde, sie tat sie denn selbst wieder in den für sie bestimmten Kasten, und als sie in Port Elizabeth wieder benutzt werden sollten, waren sie verschwunden. Die Polizei hat die Suche in die Hand genommen.

(Eine traurige Hochzeitsfeier) wurde im Garnisonslazarett in Döberitz begangen. Ein Infanterist, der an Lungenschwindsucht schwer krank darniederlag, wollte seiner Braut noch vor seinem Tode seinen Namen geben. Zur Trauung, welche Kapellmeister Rogge vollzog, waren die Verwandten der Braut und des Bräutigams erschienen. Nach der Trauung zog die Hochzeitsgesellschaft zum der schwergeschwängerten jungen Frau der Heirat zu, den Kranken hoffnungslos im Lazarett zurücklassend.

(Ein Hundertdreißigjähriger verhaftet.) In Agram verhaftete die Polizei den wiederholt verurteilten Jovan Belencic, er ist 103 Jahre alt und verstand mehr als 60 Jahre hinter Gefängnissen. Vor zwei Wochen aus der Strafanstalt entlassen, beging er sofort wieder ein Verbrechen, um in den Kerker zu kommen, wo es ihm, wie er sagt, sehr gut geht.

**Anzeigen.**  
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion die Haftung gegenüber einer Personennormierung.

**Familien-Nachrichten.**  
Wenig morgen 3 Uhr best. d. nach-  
fragen Leben unter lieber Vater und Groß-  
vater, der Reichs- und Mümmernann

**Johann Gottlob Geissler**  
im Alter von 87 Jahren. Dies zeigt tief-  
betührt an

im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**M. G. Geissler.**  
Frankleben, den 22. Januar 1906.  
Die Beerdigung findet Donnerstag nach-  
mittags 3 Uhr statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme sowie die reichlichen Blumenpenden, welche uns bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, der

**Witwe Th. Ernst,**  
zu tief geworden sind, sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Am Freitag den 26. Jan. d. J.,**  
nachmittags 4 Uhr,  
wird auf dem Hofe der Infanteriekaserne hier  
ein überzähliges Krümpferped  
meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft.  
**II. Battalion Füsilier-Regiments**  
Generaladjutant Graf Sülzental  
(Wandeb. Nr. 36.)

**Nutzholzverkauf**  
der Königl. Oberförsterei Schleuditz  
Montag den 5. Februar er.,  
von vorm. 10 Uhr ab,  
im Restaurant „Waldhaus“ bei Schleuditz aus  
dem Schupbegleit Schleuditz u. Waptau.  
Schläge: Jagon: 5b und c, 32 und 34  
(3-6 km von Waldsch. Schleuditz, 34  
Waldsch. Schleuditz) zu 190 Eichen 1/4 Stk. (bis  
130 cm M. Durchmesser) — 440 fm zu 850  
Nüßern, Eichen, Weißbuchen 1/4 Stk. (bis 60 cm  
M. Durchmesser) — 495 fm, 30 Eichen, Linden,  
Bappeln — 25 fm, 80 Stück Eichen, Nüßern  
und Eichen-Stangen 1/11 und 16 rm Eichen-  
Schichtenholz 1/11.

Die Ostger hie ich vorher zu befristigen.  
Kundschäften, resp. Preisverzeichnisse gegen Ab-  
schriftgebühren durch die Kgl. Oberförsterei.  
Schleuditz, den 22. Januar 1906.  
Der Forstmeister. Weltermeister.

Wohnung, 2 Stuben, 3 Kammern, Speise-  
kammer, Küche nebst Zubehör und Gartenbe-  
nutzung zu vermieten und 1. April 1906 be-  
tehrbar. Zu besichtigen mittags von 11 bis  
1 Uhr.  
**Heinrich 33.**

**Holz-Auktion.**  
Schwarzpappeln auf dem Stamm zu  
125 Stück (auch Brennholz auf dem  
Stamm) Kopfpappeln — sollen am  
Montag den 29. Jan. d. J.,  
vormittags 10 1/2 Uhr,  
meistbietend gegen Barzahlung, im Termin  
bekannt zu machenden Bedingungen verkauft  
werden.  
Werber bei Meerburg.  
**Die Gutsherrnverwaltung.**

**Garthofs-Verkürzung.**  
Der zu Lena besessene, dem Gehilfen  
Ernst Gähler und Ehefrau dahelst gehörige  
Garthof, einiges Galt- und Spagnolal im  
Erie, soll mit dem hiesigen gebrüder Gärten so-  
wie einem Ackerplane am  
29. Januar 1906,  
vormittags 11 Uhr,  
durch das Königl. Amtsgericht Meerburg an  
Gerichtsstelle Poststraße Nr. 1 zwangsweise ver-  
steigert werden.  
Aussatz wird erteilt im Bureau der Rechts-  
anstalt Zühlke Hühndorf und Dr. Rade-  
macher zu Meerburg.

**Zwangsversteigerung**  
Mittwoch den 24. Januar er.,  
vormittags 10 Uhr,  
versteigere ich im „Schützenhause“ hier selbst  
1 Bettstelle mit Matratze und  
Kissen, 3 Stühle und ein  
kleines Tischchen  
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.  
Stoye, Gerichtsvollzieher.

**Nachlass-Auktion.**  
Die sämtlichen zur Nachlass der Witwe  
Cäs. gestrigen Gegenstände, als:  
Tische, Stühle, Schränke, ein  
Sofa, 1 Kommode, 1 Uhr,  
Betten, Wäsche, Kleidungs-  
stücke, Haas- und Küchengeräte  
u. dergl. mehr  
sollen Mittwoch den 24. Jan. d. J.,  
nachmittags 1/2 2 Uhr,  
im Grundstück No 19 öffentlich meist-  
bietend gegen Barzahlung versteigert werden.  
Der Nachlassverwalter.

**Altenburger Schulplatz 6** ist die größte  
Hälfte der 1. Etage sofort zu vermieten und  
1. April zu beziehen. Näheres im Restaurant.  
Boggenhalber ist die 1. Etage, 4 Räume,  
Küche und Zubehör, zu vermieten und sofort  
oder 1. April zu beziehen. **Wimmerstraße 1.**

Wohnung an einzelne anständige Leute zu  
vermieten 1. April oder früher zu beziehen.  
Preis 88 Taler. Zu erfragen in der Exped.  
d. Blattes.

**Die II. Etage**  
Grundstücke 10 ist zu vermieten und  
1. April oder später zu beziehen. Näheres dahelst.

**I. Etage,** 4 Zimmer, Küche und Zubehör,  
am 1. März oder 1. April zu  
vermieten.  
Wohnung im Preise von 60-60 Taler  
zum 1. Februar gesucht.  
Offerten unter R II an die Exped. d. Bl.

**Ein kleines möbl. Zimmer**  
(bestere Schlafstelle) an einz. Herrn zu vermieten.  
Näheres **Kreuzstr. 1.**

**Wohnhaus.**  
Ich beschichtige mein neuerbautes Wohn-  
haus zu verkaufen. Anzahlung 8000 Mk. Zu  
erfragen in der Exped. d. Bl.

**Grundstück**  
Gute Gloghastler- und Gärtenbergstraße ist preis-  
wert zu verkaufen. Näheres bei  
**Albin Peters Nachf.**

**Zu verkaufen:**  
polierter Kleiderschrank, Ledersopha,  
alte Kommode u. kleiner Ladentisch,  
**Gloghastlerstr. 3 I.**

**Eine elegante Herren-Maske**  
zu verkaufen oder zu verleihen  
**Seitenbentel 10.**  
Garantiert reines amerikanisches

**Schweine-Schmalz**  
a Pfd. 50 Pf.  
empfiehlt  
**Paul Näther Nachf.,**  
Markt 6.

**Speisekartoffeln,**  
hochschmeckend und meistrecht, verkauft  
**Steckner.** Lindenstraße.

**Mastrindfleisch!**  
Rochfleisch a Pfd. 55 Pf.,  
Bratenfleisch a Pfd. 65 Pf.  
empfiehlt fortwährend  
**L. Nürnberger.**

Garantiert reines leichtflüssiges  
**Kakao**  
a Pfund von 1 Mk. an.  
Garantiert reine  
**Bruch-Schokolade**  
a Pfund von 70 Pf. an  
empfiehlt **Paul Näther Nachf.,**  
Markt 6.

**Bockbier**  
vom Bürgerlichen Brauhaus  
empfiehlt in Siphons und Flaschen  
**Carl Schmidt, Bierhandlung,**  
Unteraltendurg 59.

**Unerlässlich**  
zur wahren Schönheit und Reinheit der  
Haut ist eine tägliche Wäsche mit der  
**Med. Brunin-Toiletten-Seife**  
welche desinifizierend und molligend auf die  
Haut wirkt und derselben eine frische und  
gesunde Farbe verleiht. Trotz dieser immensen  
Eigenschaften kostet die Med. Brunin-  
Toiletten-Seife auch nur 60 Pf. pro Stück.  
Karton a 3 Stück Mk. 1.50. Zu haben  
bei: **W. H. Kieckhof, Adler-Druck, Erlens-  
plan, G. Müller, Seifen u. Parf., Markt 14.**

**Bitte**  
kontinental Katalog zu verlang-  
en, zerlegb. Geflügelkäufe,  
taufende i. Betrieb, best. u.  
Stenbau, Kasse- und Leggschlag, Brut-  
maschine, etc. ganze Erde gefell. Brüter  
etc. etc. etc. Katalog, sammt. benützt.  
Zuchterei, Geflügelzuchtwerke u.  
**Geflügelpark i. Auerbach**  
(Sachsen).

**Photographisches**  
Atelier  
von  
**Max Schön,**  
Fohmarkt 2,  
bezieht sich hiermit in empfehlende Er-  
innerung.







Provinz und Umgegend.

Halle, 22. Jan. Zu dem geizigen Berichte ist noch nachzutragen, das im Ganzen 31 Personen, meist halbwüchsige Burschen und sogar Kinder zur Polizeiwache stiftet wurden.

Hettstedt, 21. Januar. Ein entsetzlicher Unglücksfall trat sich gestern mittag auf dem bei Großhorne gelegenen Freizeitlebenstuch zu.

Helbra, 22. Jan. In der letzten Sturmnacht wurde das Hauptgebäude des Mansfelder Tonwerkes bei Helbra zweimal vom Blig getroffen und erheblich beschädigt.

Eisenach, 22. Jan. Der Bierfabrikant Isenbier, der Hauptbeteiligte an der Dornborfer Schlagerie, hat sich im Gefängnis erkängt.

Leipzig, 21. Jan. Der 43 Jahre alte Arbeiter Franz Verus geriet mit dem bei ihm wohnenden Arbeiter Stanislaus Marciniak in Streitigkeiten.

Leipzig, 21. Jan. Der 43 Jahre alte Arbeiter Franz Verus geriet mit dem bei ihm wohnenden Arbeiter Stanislaus Marciniak in Streitigkeiten.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 24. Januar 1906.

(Ordnungsverleihungen.) Aus Anlaß des Krönungs- und Ordensfestes sind folgenden Personen von hier Auszeichnungen verliehen worden:

Der Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (S. D.) veranstaltete am Montag im „Cafino“ einen interessanten Vortragsabend.

im frischen Blauderone gehaltene Vortrag wirkte sehr anregend, und die vorgeführten Lichtbilder waren zu meist klar und scharf, namentlich die Porträlbilder.

In Müllers Hotel trat am Montag abend der weitbekannte Vortragsmesser Herr Hermann Rietze vor einem zahlreichen Publikum auf.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 22. Jan.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Baege eröffnet die heutige Sitzung mit der Mitteilung, daß Hr. Stadtrat Rohde und er, Redner, beim Provinzial-Städtetag in Magdeburg anwesend waren und Stadtrat Rohde allein dem deutschen Städtetag in Berlin beigewohnt hat.

1. Wahl der Mitglieder der ständigen Deputationen und Kommissionen.

Als Vorsitzender der Wahlkommission teilt der Referent mit, daß dieselbe beschlossen hat, eine Verkehrs-Deputation neu zu wählen, welche sich mit der Frage beschäftigen soll, wie die Stadt einer schnelleren Entwicklung zuzuführen und ein Zurückgehen der Einwohnerzahl infolge Wegzugs der Landbevölkerung zu vermeiden ist.

a. Altersheim-Kommission: Stadtv. Graul, Richter, Bürger Kantschew Hoffmann, Klempnermeister Thomae.

b. Armen-Deputation: Stadtv. Frauenheim, Gausig, Hellmann, Hübel; Bürger Arbeiterfabrikant D. Wiegand, Renner Heyne, Renner Bedemann, Regierungs-Sekret. Hoffsch.

c. Bade-Deputation: Stadtv. Frauenheim, Nügow; Bürger Regierungs-Sekret. Hoffsch, Kaufmann Henneke.

d. Park-Deputation: Stadtv. Blantenburg, Richter, Stallberg; Bürger Kontrolleur Hartung, Renner Dresdner, Regierungs-Sekret. Heber.

e. Bürger-rettungs-Zusitz: Stadtv. Frauenheim, Witte; Bürger Renner W. Weder, Fleischmeister Beyer, Renner König, Leinwandfabrik Gausig, Kaufmann Teichmann, Renner Schanz.

f. Feuerlösch-Deputation: Stadtv. Lange, Eichardt, Bedemann; Bürger Renner Heyne, Material-Berm. Kellermann, Buchbindereimeister Schürpfel.

g. Gasanstalts-Deputation: Stadtv. Berger, Scholz, Teichmann; Bürger Fabrikant D. Wiegand, General-Kommiss.-Sekt. Eichardt, Kaufmann Dobrowitz.

h. Haushaltungs-Kommission: Stadtv. Baege, Grempler, Graul, Heyne, Thiele, Teichmann, Reppold.

i. Kanalisations-Deputation: Stadtv. Eiert, Heyne, Scholz; Bürger Fabrikant Heilmann, Landes-Sekretär Krüger, Schneidermeister Nügow.

k. Klein-Kinder-Verwahranstalt: Stadtv. Lange, Nünne; Bürger Richter Zygan, Dr. med. Witte.

l. Kriegsmetzler-Kommission: Stadtv. Gausig, Schmidt; Bürger Renner Walleburg, Renner Fritsch, Kaufmann Schmeißer.

m. Defonomie-Deputation: Stadtv. Richter, Reppold, Schmidt; Bürger Renner Walleburg, Renner Fritsch, Kaufmann Schmeißer.

n. Handels-Anstalt: Stadtv. Beyer, Günther; Bürger Renner Sauborn, Kaufmann Hell.

o. Rechnungs-Prüfungs-Kommission: Stadtv. Eichardt, Eiert, Krüger, Thiele, Stallberg, Rande, Heyne.

p. Schul-Deputation: Stadtv. Baege, Grempler.

q. Sevis-Deputation: Stadtv. Gausig, Hellmann; Bürger Renner J. Walleburg, Hegelmeister B. Schmidt.

r. Sparkassen-Vorstand: Stadtv. Blantenburg, Thiele.

s. Sparkassen-Stellvertreter: Stadtv. Berger, Stallberg.

t. Deputierter-Vertreter: Stadtv. Thiele, Beyer.

2. Feststellung des Kämmererats für 1906. Ref. Stadtv. Grempler. Der Kämmerer rat ist von der Haushaltskommission aufgestellt worden und hat zur Einsicht der Stadtverordneten 14 Tage lang ausgelegen.

Der Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 590 600 M., gegen das Vorjahr mehr 20 100 M. An Gemeindefeuern sollen wie im Vorjahre 150 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer resp. zu den fingierten Normalsteuern, 180 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 50 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer erhoben werden.

Stadtv. Frauenheim betont, daß infolge der Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter leider seine Steuerherabsetzung vorgenommen werden konnte und nahm dann zu dem Etat Stellung. Er trat dafür ein, daß die Kosten der Desinfektion (Einnahme 600 M., Ausgabe 700 M.) nicht von den Interessenten, sondern von der Stadt getragen werden, bezugnehmend auf das im hiesigen „Correspondent“ veröffentlichte „Eingeländt“, dem sich der Referent voll und ganz anschließt.

Namentlich für die kleineren Leute bedeuten die Desinfektionskosten, weil ohnehin schon durch einen Todesfall und die neuerdings erhobenen Leichensteuerausgaben eine schwere Last entfällt, eine große Härte. Ferner erfuhr er, die zugestiftete Kiesgrube von den kürzlich bewilligten Geldern für Notstandsarbeiten als Spielplatz herbeizurufen zu lassen, da die jetzt zur Verfügung stehende frühere Weisbahn zu klein ist.

Weiter wendet er sich gegen den Einspruch eines Regierungsrats, infolgedessen das Bäumeverbot auf der Halleschen Straße stiftet worden war. Durch solche Eingriffe werde das Selbstverwaltungsrecht der Stadt nicht gefördert und man dürfe derartigen Wünschen von hoher Seite nicht einfach nachgeben.

Überbürgermeister Reinefarth bittet die Versammlung, betr. der Tragung der Desinfektionskosten es bei dem zu belassen, wie es geplant ist. Der Magistrat nimmt auf die Vermögensverhältnisse der Betroffenen stets gebührende Rücksicht. Freiwillige Desinfektionen müssen unbedingt bezahlt werden. Ferner erwidert er sich gegen die Bemerkungen über Desinfektionskosten, da eine neue Sanitätspolizeiverordnung für Desinfektionen besteht. Gegen die Herrichtung des Plazes der zugestifteten Kiesgrube als Spielplatz äußert der Überbürgermeister Bedenken, da durch das Fußballspiel Schäden an den Bäumen verursacht wird, stellt aber der Defonomie-Deputation anheim, die Herrichtung dieses Plazes als Spielplatz in Ermüdung ziehen zu wollen.

Den Einspruch des erwähnten Regierungsrats gegen das Ausrotten von gesunden Bäumen auf der Halleschen Straße bespricht der Redner als nicht so schlimm, wie er vom Stadtv. Frauenheim hingestellt worden ist. Die vorläufige Entschädigung wurde sofort vom Überbürgermeister getroffen, da der betr. Dezentent vertritt war. Der Baum ist später doch noch ausgerodet worden und somit die Anglegenheit erledigt. Stadtv. Frauenheim zieht infolge der Auskunft des Überbürgermeisters seinen Antrag betr. Uebernahme der Desinfektionskosten auf die Stadtkasse zurück und erklärt sich hinsichtlich der beiden anderen Punkte zufrieden.

Stadtv. Reppold beantragt, daß in dem Etat eine Nachweisung der Schulden der Stadt Aufnahme findet, auch angegeben werde, zu welchem Zweck die Anleihen verwendet worden sind und wieviel die noch zu tilgende Summe beträgt. Weiter moniert er, daß für Ergänzung und Unterhaltung des Straßenpflasters zu geringe Mittel eingestellt seien (4800 M., gegen das Vorjahr 7200 weniger). Namentlich müßten die Ungleichheiten des Straßenpflasters möglichst vermieden und eine gewisse Einseitigkeit angegriffen werden. Auch darauf müsse man Bedacht nehmen, daß die Bürgersteige breiter angelegt werden. Stadtrat Barth erwidert diese Ungleichheiten von einem anderen Standpunkte aus zu betrachten. Bei der Entwicklung der Bahnhofstraße kennt, wird die Verschiedenartigkeit des Pflasters entschuldigt. Bei der Pflasterung des Bürgersteiges der Oberalenburg konnten keine größeren Format-Platten verwendet werden, da solche in der kurzen Herstellungszeit nicht zu erhalten waren. Der Kämmerer trat wieder hierauf im Entzweit einmütig an, ebenso der Antrag des Stadtv. Reppold.

3. Uebertragung eines Teils der Nordstraße an C. W. Julius Wanda & Co., Ges. m. b. H. Referent Stadtv. Günther. Dieser Antrag hatte die Versammlung bereits im November v. J. beschäftigt und war f. Zt. einer gemischten



Kommission zur Beratung überlesen worden. Die Kommission hat am 9. Januar d. J. beschlossen, dem Antrag der Firma zu entsprechen und die Uebertragung der Nordstraße bis zum schwarzen Weg unter folgenden Bedingungen der Vermahlung zur Genehmigung vorzuschlagen: 1. Der Beschluss der Eisenbahnverwaltung betr. des geplanten Wegfalls der Ueberfahrt des Rotenbrüdensains muß bei der Uebertragung in Betracht gezogen werden; 2. die Firma übernimmt die Vertretung aller Rechtspflichten; 3. die Firma zahlt für den Quadratmeter Land 250 M. und außerdem 10 000 M. an die Stabtgemeinde, welche zum Ausbau der Verbindungsstraße Halleische-Nordstraße Verwendung finden sollen; 4. die Kosten des Grunderwerbes obiger 15 m breiten Verbindungsstraße hat die Firma zu tragen; 5. Ferner hat die Firma die Verlängerung der Bismarckstraße bis zum schwarzen Wege in einer Breite von 6 m aufzulassen und den Weg in einen fahrbaren Zustand zu versetzen und 6. die Kosten aller Aufstellungen zu tragen. Der Magistrat hat sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt. Der Referent empfiehlt der Versammlung die Annahme dieses Antrages, da es wünschenswert sei, die Industrie nach Möglichkeit zu unterstützen. Er erinnert ferner daran, daß etwa 2500 Personen von der Firma abhängig sind und die Fabrik-Feuerwehr der Stadt schon sehr gute Dienste geleistet hat. Stadtv. Vorsteher Baegge erucht noch in die Bedingungen aufzunehmen, daß das Wegeeinziehungsverfahren durch rechtskräftigen Beschluss der Wegpolizeiverwaltung angeordnet wird. Der Antrag wird hierauf angenommen. Durch ein Schreiben des Regierungspräsidenten, worin der Minister von der Uebertragung des Rotenbrüdensains Abstand nimmt, wird Punkt 1 der Bedingungen von der Versammlung als hinfällig erklärt.

4. Verkauf der Verschönerungsanlage an der Gärtenstraße. Ref. Stadtv. Richter. Am 23. Oktober v. J. hatte die Stadtvorordnetenversammlung beschlossen, die Verschönerungsanlage zwischen den Kaiserlichen und Ghiesbischen Grundstücken in der Gärtenstraße zu veräußern. Am 9. Jan. cr. hat der öffentliche Verkauf stattgefunden, wobei die Firma Gebr. Graul hier das Höchstgebot mit 820 M. pro Quadratmeter abgab. Der Magistrat hat dieser Firma den Zuschlag erteilt. Das 12 ar 81 qm große Terrain bringt dem Stadtfiskus eine Einnahme von 10504 20 M. Bei dem Verkauf ist zur Verbindung gemacht, daß das dort zu errichtende Haus im Villenstil gebaut werden muß. Die Versammlung erklärt sich mit dem Verkauf einverstanden.

5. Uebernahme des Vermögens des händischen Pestalozzi-Vereins. Referent Stadtv. Scholz. Der händische Pestalozzi-Verein, der 1862 gestiftet wurde und den Zweck verfolgte, Lehrer-Witwen und Waisen zu unterstützen, wurden von der Ausschussbehörde infolge des Versicherungsgesetzes neue Auflagen gemacht, die der Verein nicht erfüllen konnte, infolgedessen er sich auflösen mußte. Der 55 Mitglieder umfassende Verein, der zur Zeit 6 Witwen und 1 Waise unterstützt, beschloß, das etwa 25 000 M. betragende Vermögen der Stadt zu überweisen mit der Bestimmung, von den Zinsen die Witwen der ehemaligen Mitglieder mit 100 bis 300 M. und die Waisen unter 18 Jahren mit der Hälfte dieses Betrages jährlich zu unterstützen. Sollten die Zinsen dazu nicht ausreichen, so soll das Kapital angegriffen werden, andernfalls die Zinsen zum Kapital geschlagen werden. Falls daselbst später die Summe von 30 000 M. übersteigt, können auch andere Lehrer-Witwen und Waisen unterstützt werden. Der Magistrat hat der Annahme dieser Einigung in Anbetracht der guten Sache zugestimmt. Die Versammlung schließt sich diesem Beschluß einstimmig an.

6. Bauliche Veränderung in der Kinderbewahranstalt der Altenburg. Referent Stadtv. Graul. Einer Nebenreppe der Anstalt fehlt das Tageslicht vollständig und das deshalb die Bau-Deputation beschloß, ein Fenster durchzubrechen. Der Referent empfiehlt aber stattdessen aus Zweckmäßigkeitsgründen ein Oberlicht anzubringen. Die Vorlage wird auf Antrag des Referenten zur weiteren Prüfung dem Magistrat zurücküberwiesen.

7. Aufstellung einer Laterne an der Ecke der Raon- und alten Raumbergerstraße. Referent Stadtv. Felsmann. Die Aufstellung hat sich als notwendig erwiesen und hat der Magistrat beschlossen, an dieser Stelle eine 12 Ubr-Laterne zu errichten. Die Versammlung gibt hierzu ihre Zustimmung.

8. Bewilligung für die Schulen anlässlich der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars. Referent Stadtv. Gaubig. Der Direktor der geborenen Schulen hat an den Magistrat das Gesuch gerichtet, zur Erhöhung der aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars stattfindenden Schulfestern um um das patriotische Empfinden der Jugend zu stärken, 150 M. zum Ankauf von Bildern und Büchern zu bewilligen. Der Magistrat hat darauf-

hin beschlossen, den geborenen Schulen einen Betrag von 150 M. und den Volksschulen einen solchen von 100 M. zu diesem Zwecke zu überweisen. Stadtv. Bezold hält bei den Volksschulen ausgeworfenen Betrag für zu niedrig, worauf Oberbürgermeister Reinfarth erwidert, daß die Beträge nach den Wünschen der Schulleiter festgesetzt sind. Die Versammlung schließt sich dem Vorschlage des Magistrats einstimmig an. — Schluß 3/4 Uhr.

### Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

Mücheln, 22. Jan. Die am Sonnabend abgehaltene Versammlung der sich für einen wieder einzuliegenden Spätzug Merseburg-Mücheln Interessierenden erreichte wenigstens soviel, daß die Eisenbahndirektion eine provisorische Einlegung versucht wird. — (Wir kommen morgen auf diese Angelegenheit ausführlich zurück. D. Red.)

Querfurt, 21. Jan. Infolge eines Falles von Typhuskrankung ist gestern ein Brunnen hinterm Wehr polizeilich geschlossen worden. — Am 23. oder wenn an diesem Tage Nebel herrscht, am 24. Jan., hält das 2. Thür. Feldartillerie-Regiment Nr. 55 in Raumburg a. S. in dem Gelände nördlich Nieder- und Obermöllern eine Schießübung mit scharfer Munition ab. Das gefährdete Gelände ist von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr durch Posten abgesperrt.

### Wetterwarte.

Vorausichtliches Wetter am 24. Jan.: Meist heiteres, trockenes Frostwetter. — 25. Jan.: Vielfach heiteres, trockenes Frostwetter.

### Vermischtes.

Durch einen schlechten Scherz in den Tod. Drei etwa 20 Jahre alte Mädchen, wie aus Berlin gemeldet wird, in der Nacht zum Sonntag von einer Festlichkeit zurück, wobei sie in ausgelassener Stimmung über den Bürgersteig tanzten. Ein ihnen entgegenkommendes Mädchen stieß sie vom Trottoir herunter, an demselben Augenblick ein elektrischer Wagen heran. Dieser überfuhr die Aermle, die auf der Stelle getötet wurde. Die drei Hebelstärkinnen entliefen unerschrocken.

Bergarbeiterstreik in Steiermark. Gills, 22. Jan. Die 2600 Mann zählende Belegschaft des Triester Stollenwerkes ist wegen Ablehnung verschiedener Forderungen, insbesondere der Forderung einer 20 prozentigen Lohn-erhöhung, heute morgen in den Ausstand getreten.

Unfall an Bord eines österreichischen Kriegsschiffes. Wie aus Pola gemeldet wird, hat sich an Bord des Kriegsschiffes „Habsburg“ ein schwerer Unfall ereignet. Beim Laden einer Mittelkiste entlief sich das Geschütz nach rückwärts, wodurch der Geschützmeister schwer verletzt wurde. Außerdem sind einige Matrosen mehr oder minder erheblich verwundet.

(Die angeführten Diebe). Vor einigen Tagen drangen Diebe in ein Wasserleiters in Paris. Sie fanden aber nichts Mitnehmenswertes. Da erwiderte der eine der Einbrecher einen Nebenmann, der durch eine Gardine abgetrennt war. Er zog den Vorhang zurück und sah an beiden Seiten zwei Männer hängen. Beide Diebe stießen Schreie aus, durch die der Concierge und andere Bemohner angelockt wurden. Sie wurden verhaftet; wie groß war aber ihre Bestürzung, als sie erkannten, daß zwei Modellgruppen ihre Feindnahme verurteilt hatten.

(Ein Mordmörder verhaftet). Unter dem Verdacht, einen fieselnischen Mord am 12. Dezember 1904 an seinem Schwager, dem Wirtschaftsbefehrer Fremdenberg in Obersteina, an dessen Frau, an der 18 Jahre alten Tochter und an dem 14-jährigen Sohn Fremdenbergs, sowie an seiner eigenen Frau und seinen beiden 3 und 7 Jahre alten Kindern begangen zu haben, wurde der Steinbruchsplücker Thomast in Obersteina bei Jütten verhaftet. Er wird beschuldigt, die fieselnischen Verbrechen erschossen und dann das Haus in Brand gesetzt zu haben, damit die Leichen verforten. Schlechte finanzielle Verhältnisse werden als Motiv der Tat angesehen. Thomast war von Kriminalbeamten lange beobachtet worden, sie hatten mit ihm zusammen gearbeitet, und schließlich hat er sich ihnen gegenüber verraten.

(Aus dem Strafbauzuge gekürt). Zwischen den Stationen Rummelsburg und Frankfurter Allee in Berlin stürzte am Sonntag der 33-jährige Kaufmann Karl Baginski aus Ziegel während der Fahrt aus einem Zuge und wurde von einem andern vorüberkommenden Siedringung überfahren. Mit abgefahrenem Unterschlund und einem Schädelbruch wurde der Bodenmensche sofort angeschunden und nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht.

(Bootsunglück). Auf dem Brenetsee im Kantone Neuenburg schlug ein Boot mit sieben jungen, von einem Maschinist heimkehrenden Leuten um. Zwei Schwestern ertranken.

(Aus Hamburg). Die Werftarbeiter haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Die Wiederentstellung der ausgepörrten Arbeiter vollzog sich in aller Ruhe. Das Leben und Treiben in der Stadt und im Hafen und die Tätigkeit auf den Werften bieten das gewohnte Bild.

(Opfer des Feies). Wie die Neuen Westpreussischen Mitteilungen melden, brachen auf dem Dorsie in Wensin in Kreis Schwedt acht Personen ein. Vier wurden getrett, eine Frau und drei Kinder ertranken.

(Gatten und Atermord). Lübeck, 22. Jan. Ein Arbeiter in Mollendorf wurde von seinem Sohn und seiner Ehefrau ermordet. Die Leiche wurde und den Anzeichen eines Selbstmordes zu erweisen, aufgehängt. Beide Täter wurden verhaftet.

### Neueste Nachrichten.

Wien, 23. Jan. Bei dem vorgestrigen Hofball sagte Kaiser Franz Josef, als er den serbischen Botschaftswirtschaftlichen Reduktion, Druck und Verlag von E. D. Höfner in Wien.

Gesandten Bulich an sprach: „Ich finde, daß die serbische Regierung sich bei den Handelsvertrags-Verhandlungen sehr infortelt benommen hat.“ — Der Bulich: „Warum?“ Der Kaiser antwortete: „Man unterhandelt nicht mit einem Staate, wenn man gegen diesen einen geheimen Vertrag abgeschlossen hat.“ — In diplomatischen Kreisen wird die Lausache erörtert, daß dieses offene Urteil des Kaisers über die Haltung der serbischen Regierung in den Zeitungen veröffentlicht wird. Dies könne nur dahin ausgelegt werden, daß der Gesandte Bulich seine Regierung zwingen will, ihn abzurufen.

Wien, 23. Jan. Bei der Wahlrechtsbewegung unter der rufbischen Landbevölkerung Nationalisten kamen zahlreiche Zuschriften vor. In Radobom mußte eine Bauernversammlung durch Infanterie auseinandergetrieben werden, wobei fünf Bauern, darunter der Gemeindevorsteher, schwer verletzt wurden.

Belgrad, 23. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung aus Wien die Nachricht von dem Abbruch der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn erhalten hat. Infolgedessen erfolgte noch gestern seitens der serbischen Regierung die Abberufung ihrer Delegierten von Wien.

Rom, 23. Jan. Trotz des Verbotes der Behörden fanden gestern in Rom, Turin, Bari, Neapel, Perugia und anderen Städten Volksversammlungen unter dem Namen „Pro Russia“ statt, die durchaus den Charakter sozialistischer Kundgebungen trugen. In Rom beteiligten sich an der Versammlung im Botanischen Garten etwa 6000 Personen, die durch berittene Carabinieri und Mannen gesichert wurden. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere wurden dabei durch Steinwürfe verletzt.

London, 23. Jan. Nach den bis gestern abend 9 Uhr 45 Min. eingegangenen Wählergebnissen sind gewählt: 274 Liberalen, 35 Vertreter der Arbeiterpartei, 115 Unionisten und 79 Nationalisten. Die Liberalen haben bisher 144, die Arbeiter 28, die Unionisten neun und die Nationalisten zwei Sitze gewonnen.

Petersburg, 23. Jan. Während der gestrigen Wafferverweigerung in Jaroskoje Selo wurden zwei als Klosterhelferinnen verkleidete weibliche Mitglieder der revolutionären Kampforganisation in dem Augenblick festgenommen, als sie den Militärorden durchstreifen wollten, um sich dem Zeremonienplatze zu nähern. Man fand bei ihnen feingefärbte Dolche und kleine Apparate in der Größe einer gewöhnlichen Zigarettenpackung, deren Wesen bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte.

Petersburg, 23. Jan. Der gestrige vielbesprochene Tag ist hier ruhig verlaufen. Auf den Straßen und in den Fabrikvierteln verkehrte verstärkte Patrouille. Die Arbeiter haben den Stadtkaufmann, ein Seelenmesse für die Opfer des 22. Jan. vorigen Jahres in der Kaiserlichen Kathedrale abhalten zu dürfen. Die Bitte wurde aber rundweg abgeschlagen. Ebenso verweigerten die meisten Geistlichen der anderen Kirchen die Seelenmesse. Verschiedene Fabriken arbeiten, doch feiern sämtliche Seper, sodas mit Ausnahme der Nowoje Wremja morgen keine Zeitungen erscheinen werden. Viele Petersburger sind aus Furcht vor dem heutigen Tage nach Finnland geeilt.

Dobfa, 23. Jan. Der gestrige Tag ist hier ruhig verlaufen. Der General-Gouverneur hatte bekanntmachen lassen, daß alle Ausschreitungen aus das energisch unterdrückt werden würden, und daß die Truppen Befehl hätten, wenn Ausschreitungen vorkämen, ohne weitere Warnung zu feuern.

Rio de Janeiro, 23. Jan. In gestriger Nacht ereignete sich an Bord des brasilianischen Linienschiffes „Quidabaar“ eine Explosion; das Schiff ist gesunken. Die ganze Besatzung, ungefähr 300 Mann, soll mit Ausnahme eines Offiziers, der gerettet sein soll, um Leben gekommen sein.

Sibirig, 23. Jan. Hier wütet ein schwerer Schnee- und Hagelsturm, wie er seit Jahren nicht vorgekommen ist. Die Stadt ist fast vollständig von allem Verkehr abgeschnitten, da die Telegraphenbrücke zerstört sind. Der Verkehr auf der Hochbahn wird eingestellt werden müssen. Die Eisenbahndirektion trifft mit stundenlangen Verspätungen ein. Der Sturm erstreckt sich auf einen Umkreis von 60 Meilen.

### Waren- und Produktendörse.

Berlin, 22. Januar. Weizen 1000 kg Mai 1910 Juli 1925, Sept. —, M. Roggen 1000 kg Mai 175,50 Juli 175,25 M. Sept. —, M. Gerste 1000 kg Mai 165,50 Juli 167,50 M. Reis 1000 kg rundes loco Mai 130,25, Juli —, M. Reis 1000 kg Mai 52,40, Juli 52,50 M.

Eine Anregung vom Auslande blieb die Tenben im heutigen Verkehre lieg. Die Preise konnten sich bei kleinen Umsätzen behaupten. Provingangebot fehlte, Forderungen unversichert. Das Frostwetter blieb einträglich. Käufer und Weis ruhig. Mißhol schwächer.



# Correspondent.

**Bezugspreis** vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 30 Pf.; durch die Ausleger und die Post bezogen 1,20 Mk. durch den Besteller ins Haus 1,25 Mk. Einzelnummer 5 Pf.  
Erhalten postfrei 8 mal wöchentlich bei 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
zwei- bis illustriertes Sonntagsblatt mit 14 fäuliger Modebeilage.  
zwei- bis landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oder deren Raum 9 Pf., für die zweite 7 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 5 Pf., für die fünfte 4 Pf., für die sechste 3 Pf., für die siebente 2 Pf., für die achte 1 Pf., für die neunte 1 Pf., für die zehnte 1 Pf., für die elfte 1 Pf., für die zwölfte 1 Pf., für die dreizehnte 1 Pf., für die vierzehnte 1 Pf., für die fünfzehnte 1 Pf., für die sechzehnte 1 Pf., für die siebenzehnte 1 Pf., für die achtzehnte 1 Pf., für die neunzehnte 1 Pf., für die zwanzigste 1 Pf., für die einundzwanzigste 1 Pf., für die zweiundzwanzigste 1 Pf., für die dreiundzwanzigste 1 Pf., für die vierundzwanzigste 1 Pf., für die fünfundzwanzigste 1 Pf., für die sechsundzwanzigste 1 Pf., für die siebenundzwanzigste 1 Pf., für die achtundzwanzigste 1 Pf., für die neunundzwanzigste 1 Pf., für die dreißigste 1 Pf., für die einunddreißigste 1 Pf., für die zweiunddreißigste 1 Pf., für die dreiunddreißigste 1 Pf., für die vierunddreißigste 1 Pf., für die fünfunddreißigste 1 Pf., für die sechsunddreißigste 1 Pf., für die siebenunddreißigste 1 Pf., für die achtunddreißigste 1 Pf., für die neununddreißigste 1 Pf., für die vierzigste 1 Pf., für die einundvierzigste 1 Pf., für die zweiundvierzigste 1 Pf., für die dreiundvierzigste 1 Pf., für die vierundvierzigste 1 Pf., für die fünfundvierzigste 1 Pf., für die sechsundvierzigste 1 Pf., für die siebenundvierzigste 1 Pf., für die achtundvierzigste 1 Pf., für die neunundvierzigste 1 Pf., für die fünfzigste 1 Pf., für die einundfünfzigste 1 Pf., für die zweiundfünfzigste 1 Pf., für die dreiundfünfzigste 1 Pf., für die vierundfünfzigste 1 Pf., für die fünfundfünfzigste 1 Pf., für die sechsundfünfzigste 1 Pf., für die siebenundfünfzigste 1 Pf., für die achtundfünfzigste 1 Pf., für die neunundfünfzigste 1 Pf., für die sechzigste 1 Pf., für die einundsechzigste 1 Pf., für die zweiundsechzigste 1 Pf., für die dreiundsechzigste 1 Pf., für die vierundsechzigste 1 Pf., für die fünfundsechzigste 1 Pf., für die sechsundsechzigste 1 Pf., für die siebenundsechzigste 1 Pf., für die achtundsechzigste 1 Pf., für die neunundsechzigste 1 Pf., für die siebenzigste 1 Pf., für die einundsiebzigste 1 Pf., für die zweiundsiebzigste 1 Pf., für die dreiundsiebzigste 1 Pf., für die vierundsiebzigste 1 Pf., für die fünfundsiebzigste 1 Pf., für die sechsundsiebzigste 1 Pf., für die siebenundsiebzigste 1 Pf., für die achtundsiebzigste 1 Pf., für die neunundsiebzigste 1 Pf., für die achtzigste 1 Pf., für die einundachtzigste 1 Pf., für die zweiundachtzigste 1 Pf., für die dreiundachtzigste 1 Pf., für die vierundachtzigste 1 Pf., für die fünfundachtzigste 1 Pf., für die sechsundachtzigste 1 Pf., für die siebenundachtzigste 1 Pf., für die achtundachtzigste 1 Pf., für die neunundachtzigste 1 Pf., für die neunzigste 1 Pf., für die einundneunzigste 1 Pf., für die zweiundneunzigste 1 Pf., für die dreiundneunzigste 1 Pf., für die vierundneunzigste 1 Pf., für die fünfundneunzigste 1 Pf., für die sechsundneunzigste 1 Pf., für die siebenundneunzigste 1 Pf., für die achtundneunzigste 1 Pf., für die neunundneunzigste 1 Pf., für die hundertste 1 Pf.

Nr. 19.

Mittwoch den 24. Januar 1906.

32. Jahrg.

## Der „rote Sonntag“.

Der „rote Sonntag“ hat sowohl die Befürchtungen ängstlicher Gemüter innerwärts und außerhalb der Regierungskreise, wie die stillen Hoffnungen gewisser sozialdemokratischer Deserter zu Schanden gemacht. Die Versammlungen sind sämtlich in mühsamer Ordnung verlaufen; nirgends ist den staatlichen Sicherheitsorganen ein mancher Kreise festerlich sehr erwünscht gewesener Anlaß zum Einschreiten gegeben worden. Stellenweise hat man sich allerdings aus Furcht vor der „Revolution“ zu „Sicherheitsmaßnahmen“ verleiten lassen, die einen Stich ins Kosmische haben. In Glogau soll den ganzen Sonntag über ein Eisenbahnzug parat gehalten sein, um event. sofort Militär nach den benachbarten Industriestädten Neufals und Grünberg schicken zu können. In Breslau, der zweiten Haupt- und Residenzstadt Preußens, ist der Ring, das Hauptverkehrscentrum, am Nachmittag abgeperrt gewesen. Das alterwürdige Rathaus der schlesischen Metropole, das seit 8 Jahrhunderten nur eine geschäftige Volksmenge um sich herum zu sehen gewohnt war, mag über die veränderte Physiognomie seiner Umgebung nicht wenig erstaunt den Kopf geschüttelt haben. Gewiss wäre es gewagt, behaupten zu wollen, daß mit den Wahlrechtsdemonstrationen sich nur klug Erfahrene beschäftigt haben; ganz sicher ist aber auch, nach dem metaphysischen Wert, die Arbeit nicht gering gewesen, die mancher Gegner der Sozialdemokratie sich am Schluss bemächtigt hat.

Von der Sozialdemokratie ist freilich das Umgekehrte zu konstatieren. Bei ihr hat die Besonnenheit sich erst zuletzt durchgedrungen. Noch vor wenigen Wochen schwebten „Leib, Volksgut“ und „Vorwärts“ in trauer Gemeinschaft in blutigen Revolutionen. Nicht ein bürgerliches Blatt, sondern der auf dem Boden des Klassenkampfes stehende „Correspondent der Buchdrucker“ hat damals dieses Spiel mit der Revolution mit Recht als eine „wahnsinnige fanatische Scharfmacherei“ gekennzeichnet, die nur den Zweck habe, „die Anfänge der Revolution peu a peu mit StraßenDemonstrationen einzulösen“. Im Interesse der berechtigten Forderung der Sozialdemokratie auf ein Wahlrecht, das den Arbeitern die volle Gleichberechtigung mit den andern Erwerbshänden gewährt, war es daher nur mit Genugtuung zu begrüßen, daß die Stimme der Vernunft in den leitenden Kreisen der Partei doch noch die Oberhand gewonnen hat. Der Fortbestand des Reichstagswahlrechts ist vielleicht nie auf eine gefährlichere Belastungsprobe gestellt worden als in diesen kritischen Tagen. Die Gefahr ist auch noch keineswegs beseitigt. Der Abg. Gieseler schreibt in der „Barnser Ztg.“: „Es liegt etwas in der Luft“ und die nächsten Wochen könnten allerlei Ueberraschungen bringen.

Selbstverständlich darf darum die Energie der gesamten Parteien der Linken in dem Kampf gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht nicht erlahmen. Dieser Kampf muß aber mit gesetzlichen Mitteln geführt werden, zu denen selbstverständlich auch StraßenDemonstrationen gehören können, sofern eine Genähr dafür geboten ist, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gefährdet wird. Die Sozialdemokratie soll sich aber immer vor Augen halten, daß, wie der Abg. Heine am Sonntag in einer Berliner Versammlung mit vollem Recht betont hat, man sich von diesem Kampf einem um größeren Erfolg versprechen kann, wenn man ihn mit Hilfe der ganzen neunzig Prozent entrechteter Wähler der dritten Klasse ohne Unterscheid der Parteirichtung führt.“ Es gelte, führte er weiter aus, eine Forderung zu verschärfen für das Volk, nicht für die Sozialdemokratie, eine Forderung der Gerechtigkeit, nicht der Partei. — Das ist eine realpolitische Auffassung des Wahlrechtskampfes, die die bürgerliche Linke von jeder vertreten hat, die die Sozialdemokratie aber von ihrem eigenen Schaden bisher nur allzu oft verleugnet hat.

## Zur Lage in Russland.

Die Wiederekehr des 22. Januar, der im vorigen Jahre die Petersburger Meutelein brachte, und in Erinnerung an das dachbarische Vorgehen der Schergen Treppens gegen eine verlorene Arbeiterproffession der „Blutsonntag“ genannt wird, hat in Russland die Befürchtungen wachgerufen, daß es zu Demonstrationen und vielleicht zu neuem Blutvergießen kommen könnte.

Demgegenüber hat der Petersburger Stadtkapitän eine Kundgebung erlassen, die an den Straßenden angeschlagen ist, worin die Berichte über zu erwartende Unruhen als grundlos bezeichnet werden. Er fordert jedoch die Bevölkerung auf, sich von Ansammlungen fernzuhalten, damit bei der Bereitung einwägrer Verfälle, die Ruhe zu hören, kein Unbeteiligter zu Schaden komme.

Die Warschauer Sozialisten feiern den Jahrestag der Petersburger Ereignisse dadurch, daß sie nicht arbeiten und andere zwingen, die Arbeit einzustellen. Die Kaufleute befinden sich in kritischer Lage; die Terroristen zwingen sie, ihre Geschäfte zu schließen, die Polizei zwingt sie, sie offen zu halten. Im Palais des Grafen Jamowski in der SenatorenstraÙe ereignete sich eine bedeutende Gasexplosion, welche einen Pavillon vollständig zerstörte und 7 Personen verunndete. In dem gegenüberliegenden Gebäude der Staatsbank und anderen Häusern wurden alle Fensterscheiben zerstört. Auf dem Wislowski-Platz feuerte Militär, als ein Volksaufzug versuchte, den Produktionsmarkt zu sprengen. Dabei gab es 2 Tote.

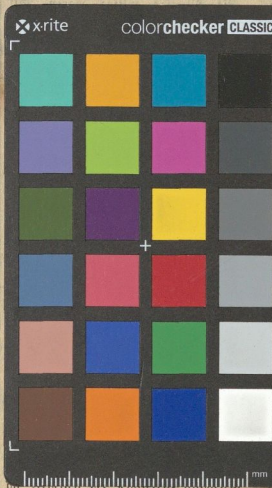
Ein Bild über den Umfang der revolutionären Vorbereitungen gibt eine vom „Regierungsbote“ gebrachte Mitteilung über die seit Anfang Dezember v. J. entdeckten geheimen Laboratorien und Bombenwerkstätten und die dabei gefundenen Materialien, Bomben und Waffen jeder Art. Insgesamt wurden in Petersburg, Moskau, Nischninowgorod, Tula, Penza, Kowno a. Don, Jekaterinoslaw, Odesa, Nikolajew, Kiew, Dwinisk, Wilna und Wiga entdeckt: Acht Laboratorien und Bombenwerkstätten, 258 fertige und ungefüllte Bomben, gegen 2000 Pfund Pulver, über 400 Pfund Dynamit, ferner Patronen in großer Anzahl, davon auf dem Bahnhof Moskau der Moskau-Kaschan-Bahn allein 100 000 Stück, und in Jekaterinoslaw zwei Waggons mit Patronen und Dynamit, ferner Gewehre, Revolver, blankes Waffen, 1 Signalfanone und auf der Fabrik Prochorow in Moskau 3 englische Maschinengewehre neuester Konstruktion. Zum Stadtkapitän von Moskau ist der bisherige Gouverneur von Kasan Generalmajor Reinbot ernannt worden.

Die Revolutionäre, die sich in Kasnojarok in die Gebäude der Bahverwaltung geflüchtet hatten, haben sich am 17. Januar nach vieritägigem Widerstand ergeben. 470 von ihnen sind verhaftet worden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, sind die Eisenbahnwerkstätten verbarilladiert gewesen; eine große Anzahl von Gegenständen ist fortgeschafft und vernichtet worden.

Streikende Arbeiter der Eisfabrik Randorhegy im russischen Komitat Krasno-Socreny griffen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung antwefenden 10 Gendarmen an, gaben diesen eine Salve ab, wodurch 7 Arbeiter getötet und 40 verunndet wurden.

Zur Lage in Finnland wird der „Köln. Ztg.“ aus Helsingfors berichtet: Während der leitende Ausschuß in Moskau den russischen Telegraphistenstreik bereits am 30. Dezember für abgeschlossen erklärt hat, streiken die Telegraphisten in Finnland, zum großen Verdruß der Geschäftswelt, ruhig weiter. Der Grund liegt darin, daß Staatsrat Nyberg, der Chef des finnischen Telegraphenwesens, das russisch ist, verlangt, daß die Ausständischen Gesuche um Wiedereinstellung in den Dienst einzutreiben, aber gleichzeitig entschlossen ist, gründliche Mufierung zu halten. Mit der Kommission der Telegraphisten zu verhandeln, hat

er rundweg abgelehnt. Die Telegraphisten beschloffen jedoch bekanntlich in der jüngst in Tammerfors abgehaltenen Versammlung, sich zusammenzubalten und nicht zuzugeben, daß ihre Führer vom Dienst ausgeschlossen werden. Nur von der Forderung, daß die Streikbrecher entlassen werden, sind sie zurückgetreten. Somit ist im Augenblick noch nicht abzusehen, wenn diese traurigen Verhältnisse, die nun schon seit November dauern, beseitigt werden. Der Chef wird durch Anzeigen in den Zeitungen geeignete Personen für den Telegraphendienst finden, wobei als Bedingung die Kenntnis einer der einheimischen Sprachen und des Russischen verlangt wird. — Großes Aufsehen erregt es, daß auch unter den jetzigen politischen Verhältnissen der einflussreiche Posten des Direktors der Generalgouverneurkanzlei wieder mit einem Russen besetzt worden ist. Der verhaftete bisherige Direktor General Seon ist zwar vom Amte gewichen und hat sich gestern verabschiedet, aber sein Nachfolger ist der frühere Gouverneur im Kasaleen, Knipowitsch, der als Mitarbeiter Bobriloffs und Befolger getegetreuer Fimmländer im Lande in denkbar schlechtestem Ruf steht.



sonntag zu Beratung Waffen- Der letzte daß die Preng mit sen über- also dem ab Ceuta, Spanien der anfan werden. rofen auf Spanien, inder zu grabiert: 3 Tätig- rklar; sie verführung, sterber zu- egenheiten Sultan. on in der Minister tädiges Diensttag am Reibaus, sowie an Bord des am Sonntag abend in Algiertraß eingetroffenen großen Kreuzers „Carles V.“ sollen Heiter- lichteiten stattfinden, denen die Diplomaten beizuwohnen werden. — Oesterreich-Ungarns Interessen in Marokko, so betonte der österreichisch-ungarische Volschafier in Madrid, Graf Welser von Welfers- heim b, gegenüber dem Korrespondenten der „Köln. Ztg.“ in Algiertraß, sind durchaus keine quantität négligizable. Zu ihrem Schutz sei die offene Tür ohne Monopole notwendig. Der Wunsch Oesterreich-Ungarns sei neben der Wahrung seiner stetig steigenden Handels- interessen die Ausgleichung der Gegensätze. Es sei besser, sich über das Ergebnis der Konferenz keinen unüberwindlichen Hoffnungen hinzugeben; ein Land wie Marokko lasse sich nicht von heute auf morgen völlig reformieren. Das bei Beginn der Verhandlungen gezeigte Entgegenkommen lasse einen guten Fortgang der Konferenz erhoffen. **Deutsch-englische Sympathie und Gebungen.** Der Londoner Lyceum-Klub gab am Sonnabend abend ein Diner zu Ehren des Vizepräsidenten des Deutschen Künstler-Bundes, Grafen Gary Kessler. Während des Festmahls hielt Graf Kessler in englischer Sprache eine Rede, in der er mit bedeutenden Worten auf das in dem Briefe vom 12. d. Mts. von hervorragenden englischen Künstlern und Denkern zum Ausdruck ge-